



Abgrenzung der ÖDP zu Verschwörungstheorien

1. Die ÖDP steht für eine kritische und sachbasierte Diskussionskultur

Die ÖDP setzt sich für eine lebendige Demokratie ein, die auf einer inhaltlich kritischen Auseinandersetzung unter Parteimitgliedern und in der Öffentlichkeit beruht. Dabei sollte die sachbasierte Diskussion Vorrang vor vereinfachten Darstellungen und darauf beruhenden undifferenzierten Schuldzuweisungen haben. Komplizierte gesellschaftliche Problemlagen erfordern fast immer komplexe Lösungen mit schwierigen Abwägungen zwischen widerstreitenden Interessen. Es wird akzeptiert, dass aufgrund neuer Erkenntnisse Meinungsänderungen erfolgen können und dies ein Zeichen von Vernunft und Stärke ist.

Wer jedoch einen unsachlichen Kommunikationsstil mit vereinfachenden populistisch-provozierenden Übertreibungen vertritt oder gar bewusst nur scheinbar sachliche Falschaussagen nutzt, handelt wie extreme Parteien und verschwörungstheoretisch-geprägte Gruppen und entstellt damit das Bild der ÖDP in der Öffentlichkeit und fügt ihr großen Schaden zu.

2. Die ÖDP respektiert Entscheidungen unserer rechtsstaatlichen Demokratie

Die ÖDP steht für eine kritische Diskussion von politischen Entscheidungen in Bund, Ländern und Kommunen. Sie stellt sich dabei allen politischen Kräften entgegen, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung infrage stellen oder gefährden. Die Freiheitsrechte der Bürger werden in unserem Staat gemäß dem Grundgesetz durch Gesetze geschützt. Dies gilt aber genauso für andere Grundrechte, so dass Freiheitsrechte im Rahmen einer Grundrechtsabwägung auch eingeschränkt werden können, um die Verwirklichung anderer Grundrechte zu ermöglichen. Die ÖDP erkennt entsprechende Gesetze und Verordnungen, die im Einklang mit dem Grundgesetz durch demokratisch legitimierte Staatsorgane zustande kommen, grundsätzlich an. Dies schließt selbstverständlich den Rechtsweg zur Überprüfung durch die unabhängigen Gerichte oder eine Veränderung durch politische Prozesse nicht aus.

Mit dem Menschenbild der ÖDP ist es außerdem nicht vereinbar, politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger zu verunglimpfen und zu beleidigen. Auch innerhalb der ÖDP selbst gelten diese Prinzipien entsprechend für satzungsgemäße Entscheidungen.

3. Die ÖDP lehnt jede Form von Antisemitismus ab

Immer wieder erscheinen in populistischen Reden, Internetvideos und Texten antisemitische Aussagen. Diese sind teils direkte Schuldzuweisungen, dass Krisen durch Juden hervorgerufen oder gesteuert werden, um davon finanziell zu profitieren. Antisemitismus äußert sich aber auch in der Verharmlosung der Ausgrenzung, Entrechtung, Internierung und Tötung von Millionen Juden unter der nationalsozialistischen Herrschaft. Die eigene Situation während der

Einschränkungen von Grundrechten, die durch Gesetze und Verordnungen im Rahmen unserer rechtsstaatlichen Demokratie zur Bewältigung von Krisen getroffen oder geplant werden, mit der Opferrolle der Juden in der NS-Zeit zu vergleichen, stellt eine solche Verharmlosung dar. Dies ist nicht mit dem Menschenbild und den Zielen der ÖDP vereinbar.

Beschlossen auf dem ÖDP-Bundesparteitag am 02.05.2021